

Vom Kombinat zur Landesbehörde

Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltung im Lande Brandenburg in den Jahren 1989 bis 1991

Die Entwicklung der politischen Ereignisse vom September 1989 bis zum Ende des Jahres 1990 waren von einem ungeahnten Tempo bestimmt. Es sind demzufolge auch zehn Jahre danach die vielen erforderlichen Handlungen und Entscheidungen kaum nachzuvollziehen. Die Berufsgruppen der Geodäten, Kartographen und Photogrammeter haben diese Zeit nicht nur unbeschadet überstanden, sondern auch einen ungeheuren beruflichen Aufschwung auf Grund der neuen Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse erlebt. Der Verfasser dieses Beitrags war Leiter des Aufbaustabs der Vermessungs- und Katasterverwaltung Brandenburg. Der Beitrag beschreibt die Zeit vom November 1989 bis Januar 1991.

Ausgangslage

Das staatliche Vermessungs- und Kartenwesen in der DDR wurde maßgeblich vom Kombinat Geodäsie und Kartographie mit seinen 4 600 Beschäftigten in den sechs Kombinatbetrieben (Berlin, Dresden, Erfurt, Halle, Schwerin und Kartographischer Dienst Potsdam) bestimmt. Während die drei Betriebe Dresden, Erfurt und Schwerin sowohl Aufgaben der Landesvermessung erfüllten als auch ingenieurgeodätische Leistungen für den Industrie-, Verkehrs- und Wohnungsbau ausführten, waren der Stammbetrieb Berlin und der Betrieb Halle fast ausschließlich mit ingenieurgeodätischen Leistungen befasst. Dem Stammbetrieb Berlin oblagen jedoch auch zentrale Aufgaben für das Kombinat (Abb. 1). Der Kartographische Dienst Potsdam (KD Potsdam) - gebildet im Jahre 1954 und hervorgegangen aus dem Vermessungsdienst Brandenburg - hat über-

wiegend Leistungen der thematischen Kartographie bereitgestellt.

Für die Führung der Nachweise des Liegenschaftskatasters und des Grundbuchs waren nach der Auflösung der Länder im Jahre 1952 und damit verbunden der Trennung von Liegenschaftskataster und Vermessung zunächst die Räte der Stadt- und Landkreise und ab 1965 die Liegenschaftsdienste bei den Räten der Bezirke mit ihren Außenstellen in den Kreisen verantwortlich.

Das Kombinat Geodäsie und Kartographie war der Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen des Innenministeriums unterstellt, die Liegenschaftsdienste bei den Räten der Bezirke unterlagen einer Fachaufsicht der Abteilung Inneres im Innenministerium.

Von den Betrieben des Kombinats sind im Verlauf der Jahre auf der Basis von Wirtschaftsverträgen mit den Liegen-

schaftsdiensten Stadtkarten - meistens im Maßstab 1 : 1 000 mit oder ohne Darstellung der Liegenschaftsgrenzen - gefertigt worden, wenn die Liegenschaftsdienste hierfür Vergabemittel zur Verfügung hatten. Auch gab es gelegentlich Weisungen der Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen an das Kombinat, für die Liegenschaftsdienste Fortführungsvermessungen durchzuführen. Derartige Arbeiten haben die Leitungen der Produktionsbereiche von Geodäsie und Kartographie äußerst ungern übernommen, weil mit der Abrechnung dieser Leistungen die festgelegten Produktionsziele kaum zu erreichen waren.

Es ist für das Verständnis der Probleme und Schwierigkeiten bei der Zusammenführung der Beschäftigten von Geodäsie und Kartographie und der Liegenschaftsdienste beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen geboten, auf Folgendes hinzuweisen:

- Schon bei der Auflösung der Länder und damit der Trennung von Liegenschaftskataster und Vermessung im Jahre 1952 haben die meisten Fachkräfte den Weg in die Vermessungsdienste gewählt.
- Die wenigen Fachkräfte in den Liegenschaftsdiensten haben dankenswerter Weise das Liegenschaftskataster und das Grundbuch geführt, obwohl politisch gewollt diese Arbeiten immer mehr an Bedeutung verloren und demzufolge die technischen Ausstattungen in den Liegenschaftsdiensten sehr zu wünschen übrig ließen.
- Die Beschäftigten von Geodäsie und Kartographie haben nach Arbeitsnormen und Leistungszielen gearbeitet, dadurch lagen die monatlichen Durchschnittsbezüge um 400 bis 500 Mark höher als die Bezüge der Beschäftigten der Liegenschaftsdienste. Junge Absol-

venten von den Bildungseinrichtungen suchten infolge dessen meistens den Weg in die Betriebe des Kombinats.

Mit der Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1.07.1990 stand nun die Aufgabe, diese beiden Struktureinheiten wieder zusammenzuführen. Einerseits waren die Unsicherheiten der Beschäftigten der Liegenschaftsdienste gegenüber Beschäftigten von Geodäsie und Kartographie mit ihren technischen Möglichkeiten durchaus zu verstehen. Andererseits wollten jedoch auch die Messtruppführer von Geodäsie und Kartographie ungern von ihren ingenieurgeodätischen Arbeiten Abschied nehmen, „um nur“ Liegenschaftsvermessungen durchzuführen oder im Innendienst eines Amtes eingesetzt zu werden.

Die Wende

Die Arbeitsbedingungen im Kombinat Geodäsie und Kartographie waren nicht mit denen in den Industriekombinaten vergleichbar. Gleichwohl gab es jedoch eine Reihe von Problemen, die im täglichen Arbeitsablauf immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Beschäftigten in den Produktionsbereichen und der Leitung führten. Dies waren unter anderem

- die völlig übertriebenen Geheimhaltungsbestimmungen im Umgang mit dienstlichen Unterlagen, aber auch die Hindernisse im Kontakt von Beschäftigten zu Verwandten in der Bundesrepublik;
- die vom Innenministerium geforderten jährlichen Steigerungen der Produktionsziele, ohne dafür die technischen Voraussetzungen zu besitzen und
- das viel zu geringe Treibstoffkontingent für Produktionsfahrzeuge.

Nach dem Fall der Mauer in Berlin am

9. November 1989 haben die Beschäftigten von Berlin und der näheren Umgebung natürlich den Westteil der Stadt besucht und auch Kontakte zu den Fachkollegen in den westlichen Stadtbezirken geknüpft. Den älteren Fachkollegen war der Westteil der Stadt aus den Zeiten der offenen Grenze durchaus bekannt, zumal auch einige von ihnen vor 1961 in den Westbezirken gearbeitet haben oder aber ihr Studium an den dortigen Bildungseinrichtungen absolvierten.

Im Stammbetrieb Berlin gab es noch im Dezember 1989 eine Diskussionsrunde von Vertretern der Produktionsbereiche mit dem Generaldirektor des Kombinats. Hierbei ging es ausgehend von dem Motto „Ehrlich arbeiten und ehrlich abrechnen“ insbesondere um die Senkung der Planziele für das Jahr 1990 sowie um Fragen zur Zukunft des Kombinats und der Abwicklung der Sicherheitsabteilung. Von der Leitung des Kombinats ist daraufhin ein Antrag zur Senkung der Warenproduktion 1990 um 6 bis 8 Millionen und zur Erhöhung der Treibstoffkontingente an das Innenministerium gestellt worden, der von dem neuen Innenminister der „Modrow-Regierung“ zum Teil genehmigt wurde. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt ahnen, dass derartige Anträge durch die Schnelligkeit der politischen Entscheidungen überholt wurden (siehe Zeittafel).

Mit der Bildung einer Initiativgruppe in Berlin aus Vertretern aller Struktureinheiten des Betriebs begannen umfassende Diskussionen zur Zukunft des Kombinats und seiner Betriebe. Dieses Gremium war von grundlegender Bedeutung, um die Beschäftigten umfassend über vorgesehene Maßnahmen zu informieren und so vorhandene Existenzängste abzubauen und die staatliche Leitung zu kontrollieren. Bereits

im Januar haben sich Vertreter des Betriebs im kleinen Kreis mit einem Vertreter der Senats-Bauverwaltung getroffen. Danach - im Februar - fand ein Besuch in den Vermessungsämtern der Berliner Stadtbezirke Spandau und Tiergarten statt, um Struktur und Arbeitsweise dieser Ämter kennenzulernen. Gleichfalls hat in diesem Monat auch eine Beratung mit Vertretern des Bundesvorstands und des Landesvorstands Berlin des Bunds der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI) sowie interessierten Beschäftigten des Betriebs in Eichwalde stattgefunden.

Bildung von Aufbaustäben für Berlin und Brandenburg und ihre Arbeit bis zur Auflösung des Kombinats

Schon Ende November 1989 hat der Bundestag ein Programm zur Deutschlandpolitik beraten, das als Ziel die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit vorsah.

Nachdem zu Beginn des Jahres 1990 noch bekannt wurde, dass die „Modrow-Regierung“ an gesetzlichen Bestimmungen zur Umwandlung von Kombinat in Kapitalgesellschaften arbeitet, war erkennbar, dass der Weg in Richtung des Aufbaus von Vermessungs- und Katasterverwaltungen in den neu zu bildenden Ländern führte.

Es ist demzufolge begonnen worden, an Arbeitsprogrammen zur Bildung der Vermessungs- und Katasterverwaltungen für den Ostteil der Stadt Berlin und das Land Brandenburg zu arbeiten. Die Arbeitsstäbe setzten sich aus Vertretern des Stammbetriebs Berlin, des Kartographischen Dienstes Potsdam sowie der Liegenschaftsdienste von Berlin und den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus zusammen. Diese Arbeitsprogramme sind in der Initiativgruppe beraten worden, in deren Ergeb-

nis noch ein Diskussionsangebot zur Ausarbeitung eines Unternehmenskonzepts „Ingenieurvermessung Berlin GmbH“ gefordert wurde.

In ihrer vierten Beratung am 12.03.1990 beschloss die Initiativgruppe, die erarbeiteten Konzepte zum Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltung oder einer Kapitalgesellschaft in den Produktionsbereichen zur Diskussion zu stellen und hierüber eine Abstimmung durchzuführen. Die Befragung der Beschäftigten hatte folgendes Ergebnis:

Beteiligung:	89,6 %
Staatsunternehmen:	75,4 %
Kapitalgesellschaft:	23,2 %
Stimmhaltungen:	1,4 %

In den Produktionsbereichen Eichwalde, Dallgow und Frankfurt/Oder erfolgten noch Aussprachen, weil einzelne Produktionseinheiten sich für eine Kapitalgesellschaft entschieden. Diese Beschäftigten erhielten die Empfehlung, sich nach der Anordnung vom 16. März 1990 über die Gewerbetätigkeit von Ingenieurbüros auf dem Gebiet des Vermessungs- und Kartenwesens zu privatisieren. Die Aufbaustäbe haben nach diesem eindeutigen Votum für den Aufbau von Vermessungs- und Katasterverwaltungen nur noch diesen Weg weiter verfolgt.

In den Beratungen der Initiativgruppe gab es von einzelnen Mitgliedern immer wieder Fragen zur politischen, fachlichen und menschlichen Legitimation der staatlichen Leitungskräfte. Daraufhin wurde in allen Leitungs- und Produktionseinheiten die Vertrauensfrage zu den Leitern in geheimer Abstimmung gestellt. Das Ergebnis war, dass die überwiegende Mehrzahl aller staatlichen Leiter das Vertrauen von den ihnen unterstellten Beschäftigten erhielten. Diese Maßnahme war insofern

wichtig, um wieder geordnete Arbeitsabläufe zu erreichen.

Mit dem Beschluss der Regierung Modrow vom 1.03.1990 zur Gründung einer Treuhandanstalt und der dazugehörigen Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften waren auch die gesetzlichen Grundlagen hierfür gegeben.

Im § 1 Abs. 2 ist postuliert: „Diese Verordnung gilt nicht für das Staatsunternehmen Deutsche Post mit seiner Generaldirektion, die Eisenbahn, die Verwaltung der Wasserstraßen und die Verwaltung des öffentlichen Straßennetzes.“

Dieser § 1 Abs. 2 war von ausschlaggebender Bedeutung für die Auflösung des VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie und die Umwandlung der 6 Betriebe in Staatsunternehmen. Am 12.06.1990 hat der stellvertretende Ministerpräsident und Minister des Innern einen Erlass zur Auflösung des Kombinats bestätigt.

Auszug:

„... Zur Angleichung an die Organisationsstruktur des öffentlichen Vermessungs- und Kartenwesens in der Bundesrepublik Deutschland sind in den zukünftigen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik Landesvermessungsämter und Liegenschaftsämter in den Kreisen zu bilden. Der Aufbau dieser Ämter erfolgt aus Kombinatbetrieben des jetzigen VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie und den Liegenschaftsdiensten bei den Räten der Bezirke ...

- Der VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie ist mit Wirkung vom 30. Juni 1990 aufzulösen.
- Die Kombinatbetriebe ... einschließlich ihrer Betriebsschulen sind in Anlehnung

Übersicht über die aus dem Kombinat GuK Stammbetrieb Berlin hervorgegangenen Struktureinheiten ab 1. Juli 1990

Kombinat Geodäsie und Kartographie Stammbetrieb Berlin											
am 30. Juni 1990 aufgelöst											
Kombinat- leitung Berlin	Produktionsbereiche			Bereich f. Betriebs- Rationalis- mittelbau	Betriebs- berufss- schule	Kartier- u. Auswerte- zentrum	For- schungs- zentrum	Prod.- bereich Geodäsie	Prod.- bereich Export		
	Berlin Jugendb.	Berlin Absteckg.	Berlin Karten								Eichwalde Potsdam
Überleitung an Magistrat von Berlin am 1. Juli 1990 Magistratsvorlage 050/90 v. 26. Juni 1990	Bildung Staatsunternehmen Geodäsie und Kartographie Berlin am 1. Juli 1990 Erlass des Stellvertr. Ministerpräsidenten u. Minister d. Innern v. 12.06.1990			Überma- hme Treu- hand Leip- zig 1.07.1990							Privatis. IWS Berlin 1.07.1990

Zusammenführung des Personalbestandes der Liegenschaftsdienste u. der Staatsunternehmen am 1. September 1990
Vereinbarung mit den Bezirksbevollmächtigten und den geschäftsführenden Direktoren
Bildung von Kataster-, Vermessungs- u. Grundbuchämtern

Unterstellung des Staatsunternehmens dem Landesbevollmächtigten der Bundesregierung für Brandenburg am 4. Oktober 1990

Übernahme in Landesdienst mit Runderlass vom 12. 12. 1990
des Innenministeriums des Landes Brandenburg

Bildung der brandenburgischen Landesvermessungs- und Liegenschaftszentrale ab 1. Februar 1991
gem. Erlass des Innenministeriums v. 23.01.1991

Abb. 1

an § 1 Abs. 2 der o.g. Verordnung in Staatsunternehmen umzubilden und bis zur Gründung von Landesvermessungsämtern der Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen im Ministerium des Innern zu unterstellen. Die Bezeichnung ‚VEB‘ ist nicht mehr zu führen ...”.

Diesen Erlass erhielt der Regionalausschuss zur Bildung des Landes Brandenburg, woraufhin der Leiter des Ressorts Inneres den Aufbaustab bestätigte und die Genehmigung erteilte, die Kontaktaufnahme zu den jeweiligen kompetenten Stellen in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen.

Die Initiativgruppe hat daraufhin am 2.07.1990 die Arbeit eingestellt.

Staatsunternehmen Geodäsie und Kartographie Berlin

Die Auflösung des Kombinats am 30.06.1990 und die Bildung von sechs Staatsunternehmen als Übergangslösung für den Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltungen in den neu zu bildenden Ländern erforderte unterschiedliche Aktivitäten.

Der Stammbetrieb Berlin musste für das Stadtgebiet Berlin (Ost) und für das künftige Land Brandenburg geteilt werden, außerdem waren einige Struktureinheiten auszugliedern, weil einerseits internationale Verträge zu erfüllen waren und andererseits die Aufgaben der Struktureinheiten am Standort Leipzig weder für Berlin noch für das Land Brandenburg genutzt werden konnten (Abb. 1).

Das Kartier- und Auswertezentrum Leipzig wurde als eigenständige Kapitalgesellschaft von der Treuhandanstalt, Außenstelle Leipzig übernommen und der Produktionsbereich Export privatisiert und als Unternehmen Ingenieurgesellschaft m.b.H.

für Wasserwesen, Straßenbau und Informationstechnik (IWS) Berlin ab 1.07.1990 weitergeführt. Auch in diesen beiden Produktionseinheiten wurden zuvor die Beschäftigten über diese Vorgehensweise befragt. Die Überleitung des Forschungszentrums und des Produktionsbereichs Geodäsie sowie des Produktionsbereichs Kartographie des Kartographischen Dienstes (KD) Potsdam zum Institut für Angewandte Geodäsie konnte erst mit dem Tag der Wiedervereinigung am 3.10.1990 erfolgen.

Da die Stadtverordnetenversammlung Berlin (Ost) die Magistratsvorlage 50/90 am 26. Juni 1990 bestätigte, sind 510 Beschäftigte am 1.07.1990 in den öffentlichen Dienst übernommen worden, die noch zwei Monate ihre Bezüge aus den Einnahmen des Stammbetriebs erhielten.

Das Staatsunternehmen Geodäsie und Kartographie Berlin hatte am 1.07.1990 - dem Tag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion - noch 540 Beschäftigte (einschl. des Forschungszentrums und des Produktionsbereichs Geodäsie Leipzig). Für die Leitung und Verwaltung dieses Unternehmens gab es jedoch kein Personal, da die gesamte Kombinatsleitung bis auf die aus dem Arbeitsprozess ausgeschiedenen Beschäftigten vom Magistrat Berlin übernommen waren. „Ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Entscheidungen!“ Auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der Abteilung IX-Vermessungs- und Liegenschaftswesen Berlin und der Bezirksverwaltungsbehörde Potsdam wurden fünf leitende Mitarbeiter von Berlin nach Brandenburg übernommen und weitere 11 Beschäftigte hat die Abteilung IX bis zum Jahresende 1990 für Abrechnungsarbeiten im Staatsunternehmen freigestellt.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Unternehmens ergaben sich zwangsläufig aus der Situation nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und bestanden in Folgendem:

- Die Erfüllung der vom Stammbetrieb eingegangenen Wirtschaftsverträge und Sicherung der Einnahmen von monatlich rund 2,2 Millionen DM zur Finanzierung des Unternehmens und seiner Beschäftigten. Diese Aufgabe war eine der schwierigsten, zumal viele Auftraggeber nach ihrer Umwandlung in Kapitalgesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten gerieten oder zahlungsunfähig wurden. Zum Glück hat die für das Unternehmen zuständige Bank mit Überbrückungskrediten weitergeholfen. In dieser schwierigen Lage waren ständige Arbeitsberatungen mit den Leitern der Produktionseinheiten ein absolutes Erfordernis. Die Situation entschärfte sich, nachdem das Forschungszentrum und der Produktionsbereich Geodäsie in Leipzig am 3.10.1990 vom Institut für Angewandte Geodäsie übernommen wurden, weil damit die monatliche Finanzierung dieser beiden Einrichtungen mit rund 500 000 DM entfiel.
- Entsprechend dem Nachtrag vom 1.07.1990 zum „Rahmenkollektivvertrag Geodäsie und Kartographie“ sind mit zwei betrieblichen Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und der Gewerkschaftsvertretung die Bezüge der Beschäftigten den neuen Wirtschaftsbedingungen angepasst worden. Dazu gehörten:
 - die Einbeziehung der zusätzlichen Belohnung in den Tarif- und Durchschnittslohn sowie in die Lohnsteuer und Versicherungsbeitragspflicht,
 - die Einrechnung aller bisher gewähr-

ten leistungsabhängigen Lohnzahlungen in den Tarif- und Durchschnittslohn und ihre Versteuerung,

- eine Erhöhung der Gehälter für alle Beschäftigten ab 1.11.1990 um 10 % und
- die Zahlung eines 13. Monatsgehalts als Ausgleich für die entgangene Jahresendprämie.
- Aus den erwirtschafteten Gewinnen des Unternehmens konnten zum Jahresende 1990 das Landesvermessungsamt und die Kataster-, Vermessungs- und Grundbuchämter mit dringend erforderlichen technischen Ausrüstungen in Höhe von rund 1,8 Millionen DM ausgestattet werden. Dazu gehörten unter anderem Messkraftfahrzeuge, Microfilmrückvergrößerungsgeräte, elektrooptische Entfernungsmessgeräte und Tachymeter.
- Die Unterstützung der Beschäftigten in den Außenstellen der Liegenschaftsdienste mit Personal aus dem Unternehmen, um die Auftragsflut schneller bearbeiten zu können. Es lagen zu dem Zeitpunkt in den Außenstellen der Liegenschaftsdienste rund 6 000 Anträge auf Liegenschaftsvermessungen und rund 110 000 Anträge auf Grundbucheintragungen vor. Die Unterstützung war jedoch nur soweit möglich, wie das Personal nicht für die Sicherung der Einnahmen des Unternehmens benötigt wurde.

Die Arbeit des Aufbaustabs 1.07.1990

Mit der Auflösung des Kombinats am 30.06.1990 und der Bildung der Staatsunternehmen als Übergangslösung bis zum Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltungen verbunden mit dem Auftrag gemeinsam mit den Liegenschaftsdiensten

die neuen Strukturen zu erarbeiten, begannen intensive Beratungen über die nächsten Arbeitsabläufe. Dazu gehörten vor allem:

- Das Zusammenführen der rund 550 Beschäftigten in den Produktionsbereichen von Geodäsie und Kartographie mit den rund 480 Beschäftigten in den Außenstellen der Liegenschaftsdienste und damit der Aufbau von arbeitsfähigen Kataster-, Vermessungs- und Grundbuchämtern, um vorliegende Anträge zügiger zu bearbeiten. Ein solches Vorgehen noch vor den Landtagswahlen war zwar schwierig, aber nicht unlösbar. Auf der Basis von Vereinbarungen zwischen den Bezirksverwaltungsbehörden Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Neubrandenburg und Schwerin und den Staatsunternehmen Geodäsie und Kartographie Berlin, Dresden und Schwerin haben ab 1.10.1990 diese neu gebildeten Ämter ihre Arbeit aufgenommen. Die eingerichteten Ämter wurden den Bezirksverwaltungsbehörden direkt unterstellt, die Fachaufsicht übernahmen vorläufig die Leitungen der Liegenschaftsdienste. Diese Entscheidung des Aufbaustabs war die erste und wichtigste zum Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltung im Land Brandenburg. Es sei an dieser Stelle noch zu bemerken, dass die Leitung des Liegenschaftsdienstes vereinzelt in Unterschätzung der künftig zu lösenden Aufgaben versuchte, diese Maßnahme zu verhindern.
- Der Aufbau des Landesvermessungsamts in Potsdam am Sitz des Staatsunternehmens Kartographischer Dienst Potsdam, auch wenn die Geschäftsführung dieses Unternehmens zwischenzeitlich versucht hat, einen anderen Weg einzuschlagen. In diesem Unternehmen

waren überwiegend berufserfahrene Kartographen und Fachkräfte der Polygraphie tätig. Für die Abteilungen Grundlagenvermessung und Landesaufnahme stand jedoch so gut wie kein Personal zur Verfügung. Deshalb haben bereits im Juli 1990 Verhandlungen mit dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und der Vermessungseinheit Prenzlau, mit dem Ziel der Übernahme von Fachpersonal und photographischen Ausrüstungen begonnen. Diese Verhandlungen fanden erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Militärischen Geowesen der Bundeswehr ihren erfolgreichen Abschluss. Mit der Übernahme weiterer Fachkräfte aus anderen Einrichtungen konnten somit schrittweise arbeitsfähige Strukturen entstehen (Abb. 2).

Erfahrungsaustausch und Schulungen

Nach der Kontaktaufnahme zum Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen (NW) fand am 9.08.1990 in Potsdam ein erstes Zusammentreffen von Vertretern der Vermessungs- und Katasterverwaltung dieses Landes, den Bezirksbevollmächtigten und Vertretern des Aufbaustabs Brandenburg statt. Diese Beratung setzte sich am 3. und 4.09.1990 im Landesvermessungsamt und im Innenministerium von NW fort.

Am 2. und 3.10.1990 in der „Stunde Null“ fand eine Dienstbesprechung des Arbeitskreises „Lagefestpunktfeld“ der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) in Fulda, an der erstmalig Vertreter aus den neuen Bundesländern teilnahmen, statt. Ein Ergebnis dieser Dienstbesprechung war unter anderem: „... Für das vereinigte Deutschland wird ein

Übersicht über die in die Vermessungs- u. Katasterverwaltung eingegangenen Struktureinheiten

(Stand 4.10.1990)

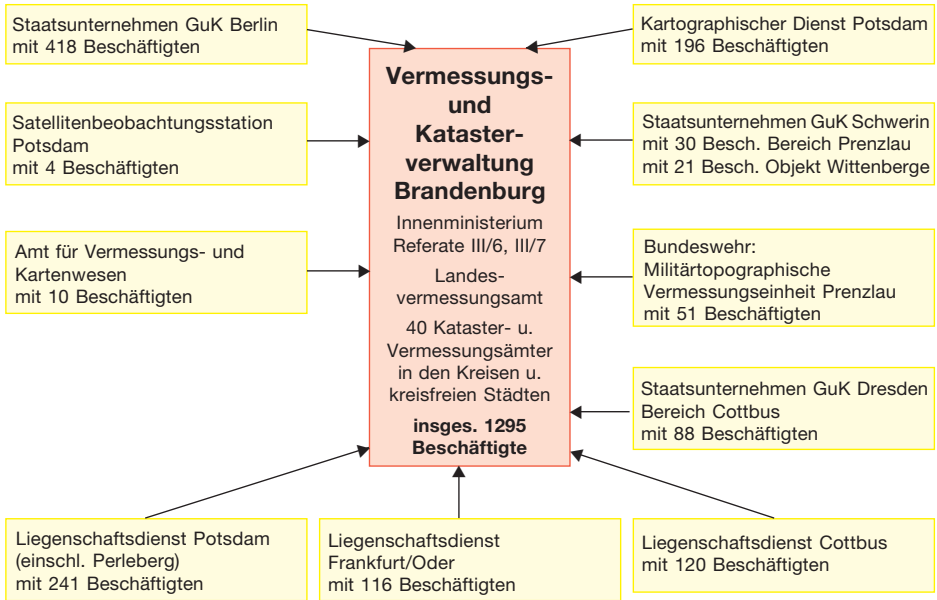


Abb. 2

einheitliches geodätisches Bezugssystem angestrebt, das für alle Zwecke (ALK, ATKIS, Verkehrsleitsysteme usw.), insbesondere auch im europäischen Rahmen, geeignet ist. Die in anderen Systemen erfassten Daten werden nach und nach in das einheitliche System überführt. In diesem Sinne können Katastervermessungen auch im System 42/83 (Bezugsellipsoid: Krassowski-Ellipsoid) ausgeführt werden ...”.

Vom 17. bis 19.10.1990 haben erstmalig Vertreter der neuen Bundesländer an der 87. Tagung des Plenums der AdV in Kasel teilgenommen.

Vom 23. bis 26.11.1990 hat das Innenministerium NW gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Städtetag ein Semi-

nar über Vermessung und Katasterwesen für rund 150 Beschäftigte der Vermessungs- und Katasterverwaltung Brandenburg in der damaligen Betriebsschule Eichwalde erfolgreich durchgeführt.

Abschluss der Arbeiten des Aufbaustabs

Am 6. Dezember 1990 legte der Aufbaustab das Grundkonzept zur Bildung der Vermessungs- und Katasterverwaltung dem Innenminister vor. Mit dem Runderlass des Innenministers vom 12. Dezember 1990 erfolgte die Übernahme der Bezirksverwaltungsbehörden Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus sowie der Staatsunternehmen Berlin und Kartographischer

Dienst Potsdam, des Militärtopographischen Dienstes Prenzlau und der Satellitenbeobachtungsstation.

Bezogen auf diesen Runderlass ist am 23. Januar 1991 durch das Innenministerium die Bildung der Brandenburgischen Landesvermessungs- und Liegenschaftszentrale ab 1. Februar 1991 festgelegt worden, woraus später das Landesvermessungsamt Brandenburg entstand (siehe Schnadt 1996, Vermessung Brandenburg, S. 15 ff.). Damit beendete der Aufbaustab seine Arbeiten.

Schlussbemerkungen

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung arbeitet seit nunmehr 10 Jahren mit weit weniger Personal im Vergleich zu den Personalausstattungen in den „Altbundesländern“ und dies obwohl der Arbeitsumfang unvergleichlich höher ist. Dass die vielfältigen Aufgaben trotzdem in einigermaßen vertretbaren Fristen gelöst werden, ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass neue Wege beschritten und von überhöhten Standards abgerückt wurde.

Leider haben sich nicht alle Überlegungen des Aufbaustabs, basierend auf den Erfahrungen der Liegenschaftsdienste, in den folgenden Jahren durchsetzen lassen. Dazu gehören vor allem:

- Keine Trennung von Kataster und Grundbuch im Jahre 1991 und Vermeidung der damit verbundenen Doppelarbeit.
- Keine Kommunalisierung der Kataster- und Vermessungsämter im Jahre 1995 und damit die Trennung vom Landesvermessungsamt und den Kataster- und Vermessungsämtern. Es ist zwar aus der Sicht der Kommunen von Vorteil, wenn die Kataster- und Vermessungsämter den direkten Kontakt zu den Ämtern des

Landkreises, der kreisfreien Städte und der Amtsgemeinden herstellen, aber ausgehend von den vorhandenen Katasterunterlagen für das kommunale Bodenmanagement wäre es kostengünstiger, die Vermessungs- und Katasterverwaltung für die Katastererneuerung als Landesbehörde zu führen.

Zeittafel 1989 - 1991

Politische Entscheidungen	UND	Handlungen zum Aufbau der Vermessungs- und Katasterverwaltung
1989		
10. Sept.	Regierungsentscheidung Ungarns zur Ausreise der DDR-Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland	
30. Sept.	Bekanntgabe der Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland für die Flüchtlinge in der Prager Botschaft durch den Außenminister Genscher	
4. Nov.	Demonstration von 1 Million Menschen in Berlin für mehr Demokratie	
9. Nov.	bis zum 9. November explodiert die Gesamtanzahl der Übersiedler aus der DDR auf ~ 225.000	
	Öffnung der Mauer in Berlin	
17. Nov.	Regierungserklärung der Regierung Modrow zur Durchsetzung demokratischer Reformen	14. Nov. Forum im Forschungszentrum Leipzig über die zukünftige Funktion des FZ
28. Nov.	Bundestag: 10-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik	7. Dez. 1. Diskussionsrunde von Personalvertretern mit dem Generaldirektor des KGK über seine persönliche Stellung zur Sicherheitsabteilung und über die Zukunft des Kombinars
Nov./Dez.	Bildung eines Forums verschiedener gesellschaftlicher Kräfte als Runder Tisch	
1990		
		Febr. Konstituierung einer Initiativgruppe (Runder Tisch für Berlin und Brandenburg) mit den Schwerpunkten

			<ul style="list-style-type: none"> ° Bildung von Aufbau stäben (Berlin/Brand- enburg) ° Erarbeitung von Konzepten zur Überfüh- rung von Strukturen ° Entwurf eines Arbeits- programms zur Bildung eines Landes- vermessungsamts und von Kataster- und Vermessungsämtern
		Febr.	<p>Erfahrungsaustausch von Leitungsmitgliedern des KGK mit den Leitungen der Vermessungsämter Spandau und Tiergarten</p> <p>Beratung von Leitungs- mitgliedern des KGK mit Vertretern des Bundes- u. des Landesverbandes Berlin des BDVI und Diplomingenieuren des KGK in der BS Eichwalde</p>
1. März	Regierungsbeschluss zur Gründung der Treuhandanstalt	März	1. Weiterbildungsveran- staltung zur Wertermitt- lung von der Senatsver- waltung für Bauwesen in Berlin
1. März	Verordnung zur Um- wandlung von volkseigenen Kombinaten in Kapitalgesellschaften	16. März	Anordnung des Innenmi- nisters zur Zulassung von Ing.-Büros auf dem Ge- biet des Vermessungs- u. Kartenwesens
18. März	Tag der ersten freien Wahlen in der DDR	19. u. 26. März	<p>Beratungen der Initiativ- gruppe mit folgenden Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ° Strukturentwürfe für Landesvermessungs- amt und Liegenschafts- ämter sowie Unterneh- menskonzept Ingenieurvermessung ° Legitimation der staat- lichen Leitungskräfte (Aufruf zur Vertrauens- frage)

		22. März	<p>Bildung des Aufbaustabs Brandenburg bestehend aus 5 Vertretern KGK und 5 Vertretern der Liegenschaftsdienste;</p> <p>Arbeitsprogramm zur Vorbereitung der Bildung des Landesvermessungsamts u. der Liegenschaftsämtler in Brandenburg;</p> <p>Erarbeitung eines Diskussionsangebots für ein Unternehmenskonzept Ing.-Vermessung Berlin GmbH;</p> <p>Gegenüberstellung der Vor- u. Nachteile beider Konzepte</p>
24. April	<p>Arbeitstreffen Bundeskanzler Kohl u. Ministerpräsident de Maiziere: Vereinbarung zur Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- u. Sozialunion ab 1.07.90</p>	April	<p>Mitarbeiterbefragung zur vorgesehenen Überführung der Einheiten des Stammbetriebes in ein Staatsunternehmen (Übergangslösung) oder zur Bildung einer Kapitalgesellschaft;</p> <p>Beratungen der Initiativegruppe mit den Schwerpunkten;</p> <p>Ergebnis der Mitarbeiterbefragung und Kontaktaufnahme zu den Bezirksbevollmächtigten</p>
16. Mai	<p>Schaffung des Fonds „Deutsche Einheit“ ab 1.07.90</p>	Mai	<p>Beratungen der Initiativegruppe mit den Schwerpunkten Entflechtung des Stammbetriebes Berlin bis 30.06.90 und Aufbau der neuen Verwaltungsstrukturen für Berlin und Brandenburg</p>
		Juni	<p>Beratungen der Initiativegruppe mit den Schwerpunkten Strukturen und Stellenpläne für die zukünftigen Organisationsformen in Berlin u. Brandenburg</p>

		30. Juni	Erlass des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers zur Auflösung des Kombinars und Bildung von Staatsunternehmen ab 1.07.
1. Juli	Währungsunion	1. Juli	Überleitung der Berliner Beschäftigten in den Magistrat Berlin und Ausgliederung des KAZ und des Bereichs Export
22. Juli	Beschluss der Volkskammer zur Neubildung der Länder	31. Juli	Kontaktaufnahme zur Vermessungseinheit Prenzlau u. Informationsaustausch zur Übernahme von Beschäftigten in die Vermessungs- u. Katasterverwaltung Brandenburg
23. Aug.	Beschluss der Volkskammer zum Beitritt der DDR zur BRD	9. Aug.	1. Zusammentreffen von Vertretern der Vermessungs- und Katasterverwaltung NW mit Vertretern des Aufbaustabs Brandenburg in Potsdam
		3./4. Sept.	1. Besuch des Aufbaustabs BB im Landesvermessungsamt NW
		19./20. Sept.	Vorbereitung der Übereinkommenvereinbarung der Vermessungseinheit Prenzlau; Abschluss von Vereinbarungen zwischen den Regierungsbevollmächtigten der Bezirke und den geschäftsführenden Direktoren der Staatsunternehmen zur Zusammenführung der Beschäftigten der Liegenschaftsdienste u. Staatsunternehmen

3. Okt. Tag der Wiedervereinigung

14. Okt. Landtagswahlen in den neuen Bundesländern

1. Okt. Bildung der Kataster-, Vermessungs- u. Grundbuchämter
- 2./3. Okt. Dienstbesprechung des AdV-Arbeitskreises Lagefestpunktfeld mit Vertretern der neuen Länder in Fulda
3. Okt. Ausgliederung des Forschungszentrums, des PB Geodäsie u. des PB Kartographie (DO Leipzig) und Übergabe an das Institut für Angewandte Geodäsie
4. Okt. Unterstellung der Staatsunternehmen Berlin und KD Potsdam unter den Landesbevollmächtigten der Bundesregierung für Brandenburg
9. Okt. Zusammentreffen mit Vertretern des Mil.-Geo.-Dienstes und Fortführung der Verhandlungen zur Vorbereitung der Übernahme der Vermessungseinheit Prenzlau
- 17.-19. Okt. 87. Tagung des Plenums der AdV mit Vertretern aus den neuen Bundesländern
- 23.-26. Nov. Seminar des Innenministeriums, Landkreis- u. Städtetages NW über das Verm.- u. Katasterwesen für Beschäftigte der Vermessungs- u. Katasterverwaltung BB
6. Dez. Vorlage des Grundkonzepts zur Bildung der Vermessungs- und Katasterverwaltung beim Innenminister

1991

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

12. Dez. Runderlass des Innenministers zur Übernahme der Liegenschaftsdienste, der Staatsunternehmen, der Vermessungseinheit Prenzlau u. der Satellitenbeobachtungsstation in den Landesdienst
23. Jan. Erlass des Innenministeriums zur Bildung der Brandenburgischen Landesvermessungs- u. Liegenschaftszentrale

Die Zeitangaben wurden freundlicherweise von Herrn Dr. E. Seyfert zur Verfügung gestellt.

